

Einige Worte über den Stand der Parteipresse. Nach den Berichten unserer Parteiblätter, einschließlich der „Gazetta Robotnicza“, der Wochenblätter für Bayern und Danzig und der „Gleichheit“, hatten wir am 30. Juli 1911 einen Abonnentenstand von 1 806 465. Wegen das vergangene Jahr ist das eine Zunahme von 146 449 Abonnenten der Parteipresse. Die Einnahmen aus Abonnements sind im letzten Jahre um 875 465 Mk. gestiegen, die Einnahmen aus Inseraten um 873 048 Mk. Es ist interessant, kurz auf den Entwicklungsgang der Parteipresse hinzuweisen. Im Jahre 1890 hatten wir 254 000 Abonnenten, 1899 waren es 400 000, 1906 schon 837 790, 1909 waren es 1 041 488, 1910 waren es 1 160 016 und 1911 sind es 1 806 465. Die Einnahmen aus Abonnements betrugen 1910 6 965 253 Mk., 1911 7 840 718 Mk. Die Einnahmen aus Inseraten betrugen 1910 4 980 254 Mk., 1911 5 853 302 Mk. Wir haben also neben den gewaltigen Fortschritten in der Parteiorganisation auch eine geradezu glänzende Entwicklung unserer Parteipresse in den letzten Jahren zu verzeichnen. Ich glaube, daß den an der Parteipresse tätigen Genossen und nicht zuletzt den Tausenden von Parteigenossen, die im Dienste unserer Parteiorganisation Tag für Tag unter erheblichen Opfern die Kleinarbeit für die Partei leisten, der besondere Dank und die Anerkennung der Partei ausgesprochen werden muß. (Beifall.) Bei den letzten Reichstagswahlen hatten wir einen Abonnentenzuwachs von 211 000 zu verzeichnen. Wenn überall bei den kommenden Kämpfen unsere Parteigenossen die Wahlbewegung mit einer systematischen und energischen Propaganda für unsere Parteipresse verknüpfen, dann werden wir im nächsten Jahre nicht nur 1½ Millionen Abonnenten erreichen, sondern kräftig auf die zweite Million losmarschieren. (Lebhafter Beifall.)

#### Den Bericht der Kontrollkommission

erstattet

Kaden: Genossen und Genossinnen! Die Kontrollkommission hat einem seit Jahren geübten Gewohnheit gemäß, der in den früheren Organisationsverhältnissen begründet war, in den letzten Jahren noch mit dem Parteivorstand zusammen eine mittelnde Tätigkeit ausgeübt und über alle wichtigen politischen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinsam mit dem Parteivorstand beraten und Beschluß gefaßt. Sie bildete gewissermaßen mit dem Parteivorstand die Parteileitung. Diese Tätigkeit der Kontrollkommission ging über die ihr durch das Organisationsstatut zugewiesenen Befugnisse hinaus. Einige Vorkommnisse gaben der Kontrollkommission daher die Veranlassung, mit dem Parteivorstand über die Grenzen der gegenseitigen Rechte und Pflichten zu beraten, um für die Zukunft darüber Klarheit zu schaffen. In dieser gemeinsamen Beratung wurde Einverständnis darüber herbeigeführt, daß es bei dem derzeitigen Umfang der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes für das gegenseitige Verhältnis förderlicher wäre, wenn die Kontrollkommission von jeder mittelnden Tätigkeit absehe und sich darauf beschränke, lediglich ihre in den §§ 14, 15 und 20 des Organisationsstatuts niedergelegten Rechte und Pflichten auszuüben. Danach hat die Kontrollkommission lediglich die Tätigkeit des Parteivorstandes zu kontrollieren und als Berufungsinstitut für Beschwerden über den Parteivorstand zu fungieren sowie die in §§ 14 und 15 des Organisationsstatuts übertragenen Wahlen zu vollziehen. Innerhalb dieser Grenzen hat die Kontrollkommission im Berichtsjahre ihre Tätigkeit ausgeübt.

Eine für das Zusammenwirken der Kontrollkommission und des Parteivorstandes förderliche Einrichtung wurde damit geschaffen, daß bei dem vierteljährlichen Zusammenkommen der Kontrollkommission in einer gemeinsamen Sitzung der Parteivorstand zur Orientierung der Mitglieder der Kontrollkommission und um deren Tätigkeit zu vereinfachen, über alle wichtigeren Vorgänge im verfloffenen Vierteljahr Bericht erstattet.

Weiter hielt es die Kontrollkommission für notwendig, zur zweckmäßigeren Erfüllung ihrer Aufgaben auf allen wichtigeren vom Parteivorstand veranstalteten Konferenzen sich durch eins ihrer Mitglieder vertreten zu lassen.

Durch den Tod unseres unvergeßlichen Paul Singer mußte die Kontrollkommission zu einer Ersatzwahl für den Parteivorstand zusammentreten.

Nach eingehender Erörterung kam die Kontrollkommission in Rücksicht darauf, daß der nächste Parteitag voraussichtlich früher tagen würde, zu dem Beschluß, von dem nach § 15 des Organisationsstatuts ihr zustehenden Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen, die Wahl vielmehr dem nächsten Parteitag vorzubehalten.

Beschwerden über den Parteivorstand lagen der Kontrollkommission nicht vor.

Die Revisionsstätigkeit der Kontrollkommission nimmt einen immer größeren Umfang an. Durch das stetige sehr erfreuliche Wachsen der Partei und der dadurch notwendig werdenden Einrichtungen, die Parteischule, Partei-Correspondenz, Pressebureau, Bildungsausschuß und ähnliches mehr, haben die Kassengeschäfte eine große Ausdehnung erfahren. Außer diesen mit der Verwaltungstätigkeit des Parteivorstandes enger zusammenhängenden Kassengeschäften hatte die Kontrollkommission auch noch die Bücher der naturgemäß sich auch immer weiter ausdehnenden Parteibetriebe wie Buchhandlung Vorwärts, „Kommunale Praxis“ usw. zu revidieren. In Ausübung dieser umfangreichen Revisionsstätigkeit wurde im Laufe des Jahres mit dem Parteivorstand auch eine Vereinbarung getroffen, die eine größere Vereinheitlichung und Vereinfachung der Kassenerführung herbeiführen soll. Wegen des von Ebert erwähnten, unter der Bezeichnung „Juliussturm“ geführten Fonds kann ich namens der Kontrollkommission bestätigen, daß wir bei der letzten Revision festgestellt haben, daß der Bestand des Fonds in Höhe von nominal 50 000 Mark dem allgemeinen Parteivermögen zugeführt worden ist.

Bei den Revisionen hat sich zu Beanstandungen kein Anlaß gefunden, es muß vielmehr hervorgehoben werden, daß die Geschäftsführung in allen Zweigen der Verwaltung wie auch in allen Betrieben in musterhafter Ordnung befunden wurde. Wir beantragen daher, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Wir kämen jetzt zur Diskussion, und zwar gemeinschaftlich über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes, den Bericht der Kontrollkommission und die Anträge, die zur Agitation und Organisation gestellt werden.

Nicht genügend unterstützt werden die Anträge 10 und 17. Der Antrag 13 wird zurückgezogen. Von den nachträglich eingegangenen und sonstigen Anträgen werden mit zur Diskussion gestellt 55, 63, 64 und 66.

Darauf werden die Verhandlungen um 1 Uhr auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

#### Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung kurz nach 3 Uhr.

Leber teilt mit, daß die thüringischen Wahlkreise während der Parteitagswache eine ganze Anzahl von Versammlungen veranstalten und bittet die Parteitagsglieder und vor allem die Reichstagsabgeordneten, sich als Redner zur Verfügung zu stellen.

Dann wird in die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes und die dazu vorliegenden Anträge eingetreten. Auf die Marokkofrage soll sachlich nicht eingegangen werden. Dieses Thema soll erst nach dem Referat Welbers verhandelt werden.